

# **Brandbrief: Jens Maier sagt nein zur Instrumentalisierung des Glaubens durch linke Ideologen**

**Der Bundestagsabgeordnete Jens Maier (AfD) hat die Evangelische Landeskirche in Dresden in einem Offenen Brief eindringlich vor dem „Einfluss linker Ideologen“ gewarnt.**

Gemeinsam mit Unterstützern verteilte er den Brandbrief am Wochenende anlässlich des Gottesdienstes symbolhaft vor zahlreichen Dresdner Kirchen. „Die evangelische Kirche mit ihrer großen Tradition lässt sich zunehmend in einer Weise tagespolitisch einbinden, dass der Verdacht aufkommt, sie selbst sei zu einer Art Unterabteilung der Grünen und/oder SPD geworden“, kritisiert Maier. Sein Schreiben richtet sich an „alle Pastorinnen und Pastoren, Diakoninnen und Diakone, Gemeindevorstände und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Evangelischen Landeskirche in Dresden“.

Dieser Personenkreis war zuvor schon persönlich von ihm angeschrieben worden. Es gab darauf nur positive Antworten. Einzelne bedankten sich für die offenen Worte. Das, so Maier, habe Mut gemacht, die wenigen wirklich Gläubigen direkt vor dem Kirchgang anzusprechen.

„Die Kirche ist ein Ort, in dem der Gläubige seine Nähe zu Gott empfinden soll“, sagt Maier.

Kein Gläubiger wolle dort in rot-grün-linker Staatsbürgerkunde unterrichtet werden. Es sei nicht zu ertragen, so Maier weiter, dass im Gottesdienst links-grüne Ideologien und Phrasen in die Bibelsprache übersetzt und mit diesen im Kern

politischen Botschaften die Gläubigen nach Hause geschickt würden.

Der selbst im evangelischen Glauben verwurzelte Politiker übt vor allem scharfe Kritik an der offenen Feindseligkeit der Kirche gegenüber Vertretern der AfD. Diese Feindseligkeit zeige sich unter anderem daran, dass bereits in der Planungsphase des 37. Kirchentags Repräsentanten der AfD von Bühnenauftritten explizit ausgeschlossen wurden. Der EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm habe die AfD unverständlicherweise sogar mit dem bisher ungeklärten Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke in Zusammenhang gebracht.

Zudem gebe es zahlreiche weitere Beispiele für eine unverhohlene Anbiederung der Evangelischen Kirche an den linksgrünen Zeitgeist. In der von der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau herausgegebenen „Orientierungshilfe für Kirchenvorstände zum Umgang mit Rechtspopulismus“ spreche man sogar Personen, die sich angeblich „ausgrenzend“ oder „islamfeindlich“ geäußert haben, die Eignung für ein Amt im Kirchenvorstand ab. „Eine Steigerung wäre wohl nur noch in der Weise möglich, die Mitglieder von Kirchengemeinden zu verpflichten, aktiv Minarette in Deutschland zu bauen, um ihre kirchliche Bindung unter Beweis zu stellen“, erklärt Maier.

Maier betont, dass „einzig und allein die AfD“ einer Streichung des §219a StGB“ im Deutschen Bundestag eine klare Absage erteilt habe und sich damit kompromisslos für den Schutz des ungeborenen Lebens eingesetzt habe. Für die Rechte der verfolgten Christen im Ausland tritt der Bundestagsabgeordnete aus Dresden mit Nachdruck ein. „Die AfD stellt sich unumwunden gegen eine zunehmende Islamisierung Deutschlands und setzt sich energisch für die Rechte der verfolgten Christen im Ausland und jetzt auch im Inland ein“. Nicht zufällig habe die AfD im Bundestags-Fraktionssaal ein Holzkreuz an der Wand. Maier fragt die Vertreter der Evangelischen Landeskirche mit Nachdruck: „Immer mehr

Gemeindemitglieder hier in Dresden, die uns nahestehen, stellen sich die Frage, ob sie noch in der Evangelischen Kirche verbleiben sollen. Was soll ich denen sagen?“